

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,

wir wenden uns heute mit einem offenen Brandbrief an Sie - aus Sorge und mit großer Dringlichkeit.

Unsere Stadtgesellschaft lebt vom sozialen Miteinander und dem sozialen Zusammenhalt. Damit dies gelingen kann, braucht es verlässliche Strukturen, die allen Heidelberger*innen Teilhabe, Integration und faire Chancen auf eine gute Zukunft ermöglichen sowie strukturelle Gewalt bekämpft.

Besonders wichtig ist dabei die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie die Unterstützung von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, sei es aufgrund einer Behinderung, Erkrankung oder aufgrund ihrer prekären Lebenssituationen.

Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Herausforderungen dürfen soziale Ausgaben nicht gekürzt werden. Betroffen wären ausgerechnet diejenigen, die unsere Solidarität am dringlichsten brauchen:

- Kinder, Jugendliche, Familien, Seniorinnen und Senioren
- Menschen mit Behinderungen
- Haftentlassene
- Menschen, die diskriminiert, ausgegrenzt oder benachteiligt werden
- obdachlose bzw. wohnungslose Menschen
- Menschen mit körperlichen oder seelischen Erkrankungen
- Schutzsuchende und Menschen mit Migrationserfahrung
- Menschen mit Schulden
- queere Menschen
- sowie alle Menschen, die von Gewalt, struktureller und/oder sexueller Gewalt betroffen sind

Für alle genannten Menschen sind wir seit Jahrzehnten da und Ihnen verlässliche Partner*innen. Wir setzen die von ihnen beauftragten Angebote in einem angemessenen und notwendigen Rahmen um, damit alle Bürger*innen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Um unsere Arbeit fortführen und unsere Mitarbeitenden bezahlen zu können, sind wir auf die vertraglich zugesagten bzw. per Zuwendungsbescheid vorgesehen Mittel in voller Höhe angewiesen. Ohne diese Mittel verlieren wir Mitarbeitende, Erfahrung sowie Verlässlichkeit und können unsere Arbeit nicht in der notwendigen Qualität fortführen.

Wir appellieren an Sie:

Machen Sie hier keine Abstriche. Jede Kürzung bedeutet, dass Menschen durch das Netz fallen, weniger Chancen haben und mehr Belastung für die einzelnen Betroffenen und die Stadtgesellschaft.

Es gibt wissenschaftliche Studien, die belegen, dass Kürzungen im sozialen Bereich mittelfristig negative wirtschaftliche Folgewirkungen haben, die die kurzfristigen Einsparungen übersteigen!

Wir bitten Sie eindringlich:

Halten Sie die sozialen Strukturen aufrecht und sorgen Sie dafür, dass in unserer Stadt niemand zurückgelassen wird.

Ihre sozialen Partner*innen des Heidelberg Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung

